

16.11.2017

Entschließungsantrag

der Fraktion der AfD

zum Antrag der Fraktion der SPD „Der Integrationsplan für NRW muss fortgeführt werden“
(Drucksache 17/818)

Ausbau der Förderung für die Initiative „Durch Begegnung Brücken bauen“ im Rahmen der Integrationsförderung des Landes NRW. (KOMM-AN NRW)

I. Ausgangslage

Aus dem Antisemitismus-Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus an den Deutschen Bundestag (Drucksache 18/11970) geht hervor, dass es erhebliche Probleme unter Muslimen mit dem Thema Antisemitismus gibt. Die Experten kommen zu folgender Schlussfolgerung:

„Das Ausmaß antisemitischer Einstellungen ist unter muslimisch sozialisierten Jugendlichen und Erwachsenen mit Einwanderungshintergrund höher als unter nichtmuslimischen. Zugleich zeichnen sich deutliche Unterschiede zwischen Muslimen aus unterschiedlichen Herkunftskulturen bzw. -regionen ab.

Insbesondere Migranten aus arabischen bzw. nordafrikanischen Ländern neigen zum Antisemitismus. Neben der Religion scheint also offenbar v. a. die Herkunftsregion von Bedeutung zu sein.“¹

Der überwiegende Teil der Asylbewerber, die seit 2015 nach Deutschland gekommen sind, kommt aus arabischen bzw. nordafrikanischen Ländern.

Im Rahmen der Initiative „Durch Begegnung Brücken bauen“ wird angestrebt, das friedliche Zusammenleben zu fördern. Ziel ist die Prävention und Bekämpfung aller Formen religiöser und rassistischer Anfeindungen und Diskriminierungen. Gerade im Verhältnis der Jüdischen Gemeinde in Deutschland zu jungen Muslimen kommt dem eine enorme Bedeutung zu, da Deutschland bei der Bekämpfung des Antisemitismus in einer besonderen Verantwortung steht. Das Projekt fördert Möglichkeiten bei denen Menschen mit unterschiedlicher Religionszugehörigkeit miteinander in Kontakt treten um sich auszutauschen.

Datum des Originals: 16.11.2017/Ausgegeben: 17.11.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Diese Form der interkulturellen und interreligiösen Begegnung halten wir für extrem wertvoll zur Bekämpfung von Vorurteilen und Antisemitismus.

Wir streben einen Ausbau dieser Initiative, auch auf weitere Standorte in NRW, dringend an.

¹ <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/119/1811970.pdf>

Daher fordern wir die Landesregierung auf:

1. Die Förderung der Initiative „Durch Begegnung Brücken bauen“ durch Personal-, Honorar- und Sachausgaben möge ausgebaut werden.
2. Die Landesregierung möge die Zusammenarbeit mit den jüdischen Gemeinden in NRW verstärken.
3. Die Förderung der Initiative „Durch Begegnung Brücken bauen“ möge auf weitere Standorte in NRW ausgedehnt werden.

Andreas Keith
Gabriele Walger-Demolsky

und Fraktion